Kinder aus Familien mit tiefem Einkommen bleiben den Kitas fern

Externe Betreuung Sie würden am meisten profitieren, nutzen die Kitas aber am wenigsten. Experten fordern, dass der Bund handelt.

Der Vater arbeitet Vollzeit, die Mutter Teilzeit. Sie putzt und kocht, er bezahlt die Steuern und repariert den verstopften Abfluss. Das ist immer noch das dominierende Familienmodell in der Schweiz – laut Bundesamt für Statistik trifft dies auf über 70 Prozent aller Paare mit Kindern zu.

Wie viel eine Mutter arbeitet, hängt oft davon ab, ob sie für den Nachwuchs einen bezahlbaren Betreuungsplatz findet. Rund ein Drittel aller Familien in der Schweiz schickt Kinder in eine Kita. Ob ein Kind eine Betreuungsstätte besucht, hängt allerdings massgeblich vom sozialen Milieu ab, in das es hineingeboren wird. Gemäss einer Anfang Woche erschienenen Publikation der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF) bleiben Kinder aus Tieflohnfamilien oder mit Migrationshintergrund den Kitas fern – obwohl gerade sie am stärksten davon profitieren würden.

Kinder von Müttern mit Lehrabschluss und mit geringem Einkommen besuchen nur halb so oft eine Kita wie Kinder von Müttern mit Hochschulabschluss. Auch sei die Wahrscheinlichkeit, in einer Kita betreut zu werden, für ein Kind mit etwa türkischer oder albanischer Staatsangehörigkeit nur halb so gross wie die eines Schweizer Kindes.

Zu wenige und zu teure Plätze

Die älteste im Bericht zitierte Studie für die Schweiz ist zehn Jahre alt. An den Ergebnissen habe sich kaum etwas geändert. Das sagt Giuliano Bonoli, Professor für Sozialpolitik an der Universität Lausanne. Bonoli hat die Publikation im Auftrag der EKFF zusammen mit der Neuenburger Stadträtin Nicole Baur (Grüne) verfasst.

Würden Kinder aus einkommensschwächeren und bildungsferneren Familien eine Kita besuchen, könnten sie in mehr-

facher Hinsicht profitieren: Ausländische Kinder könnten ihre Sprachkenntnisse verbessern und von pädagogisch durchdachten Spielen lernen.

Annika Butters vom Marie-Meierhofer-Institut für das Kind (MMI) nennt weitere Vorteile: «In einer guten Kita können Kinder den sozialen Problemen zu Hause tagsüber entkommen.» Kinder und auch ihre Eltern würden zudem früh die lokalen Gepflogenheiten kennen lernen.

Warum schicken genau diese Eltern ihren Nachwuchs weniger in Kitas? Gemäss Baur und Bonoli arbeiten sie weniger oder im Schichtbetrieb. Die Arbeitszeiten decken sich nicht mit den Kita-Öffnungszeiten. Diese orientieren sich an Bürozeiten. Zudem seien die Kita-Plätze zu teuer – auch wenn die Kosten proportional zum elterlichen Einkommen ausfielen. Und zudem gebe es besonders in ländlichen Regionen zu wenige subventionierte Plätze.

Die Lösung sehen die Studienautoren in einer deutlichen Erhöhung der Kita-Plätze bei gleichzeitig tieferen Kosten für die Eltern.

Andrea Lanfranchi, Professor an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik, publizierte vor 20 Jahren ähnliche Forschungsergebnisse wie das EKFF. «Der Bund muss mehr Verantwortung übernehmen, denn auf viele Kantone ist kein Verlass», sagt er heute. Auch Annika Butters kritisiert fehlende Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Investitionen in die Qualität

Neben mehr Kita-Plätzen müssten vor allem Investitionen in die Qualität getätigt werden. Nur so könnten benachteiligte Kinder profitieren. Lanfranchi fordert mehr qualifiziertes Personal und regelmässige Aufsichtsbesuche. Auch die interkulturelle Kompetenz der Betreuungspersonen

müsse geschult werden. Butters präzisiert: In der Schweiz könne eine Praktikantin mit einer ausgebildeten Betreuerin zusammen acht Säuglinge betreuen. «Das ist viel zu viel. Es brauche auf gesetzlicher Ebene strikte Vorgaben zum Qualitätsmanagement.»

Heute seien die Kitas vom Mittelstand geprägt, sagt SP-Nationalrätin Min Li Marti. «Gutverdienende leisten sich eine Nanny. Schlechtverdienende greifen eher auf Verwandte zurück, im schlimmsten Fall sind die Kinder kaum betreut.» Mitte Juni hat sie im Nationalrat eine Motion eingereicht, die den Bundesrat auffordert, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit die Kosten für die externe Kinderbetreuung die Haushaltsbudgets nicht mit mehr als 10 Prozent belasten.

Für SVP-Nationalrätin Verena Herzog hingegen wird das Thema zu stark politisiert. Kinderbetreuung sei nicht Staatsaufgabe, sagt sie: «Wenn Bedarf da ist, muss

vor Ort in den Gemeinden und Städten investiert werden.» Auch könnten Arbeitgeber mehr in die Verantwortung genommen werden, um Krippenplätze zu schaffen. Zudem müssten Eltern aus ärmeren Familien richtigerweise schon heute weniger für ihren Krippenplatz bezahlen. Gewisse ausländische Familien würden ihre Kinder selbst dann nicht in die Kitas schicken, wenn diese gratis wären, sagt Herzog.

Demnächst wird im Parlament entschieden, wie die Bedingungen für die externe Kinderbetreuung verbessert werden können. Der Ständerat stimmt in der Herbstsession ab, ob die Anschubfinanzierung, welche neu eröffnete Einrichtungen in den ersten Jahren unterstützt, in eine stetige Unterstützung überführt werden soll. Gefördert werden soll die externe Kinderbetreuung auch mit einer Erhöhung des Steuerabzugs.

Anielle Peterhans